

Forderungen für die Umsetzung von zentralen Themen der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in der Bildungsplanreform 2015

Umsetzung von „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) in der Bildungsplanreform 2015

Sprecherin für Bildung und Verbraucherschutz Sandra Boser MdL:

Nachhaltige Entwicklung bedeutet – in Anlehnung an die von Gro Harlem Brundtland¹ geprägte Definition – die verantwortungsbewusste Befriedigung unserer Bedürfnisse, ohne den kommenden Generationen die Grundlage für ein lebenswertes Leben zu nehmen. Sie basiert auf Prinzipien wie Demokratie und Teilhabe, soziale Gerechtigkeit, die Stärkung und Befähigung des Einzelnen zur Entfaltung seiner Talente, Ausrichtung auf das Gemeinwohl etc.

Das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer global gerechten und gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch verträglichen „nachhaltigen Entwicklung“ muss im Denken und Handeln dieser und der kommenden Generationen geschult und fest verwurzelt werden. Weil Nachhaltigkeit alle Lebensbereiche betrifft, sind auch entwicklungspolitische Zusammenhänge, Welthandelsstrukturen, die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Friedenspädagogik, interkulturelle Themen, Gesundheits- und Sozialpolitik, Verbraucherbildung und die Frage nach Demokratie, Partizipation, Konsum und Menschenrechten angemessen zu implementieren.

In unserem grünen Wahlprogramm zur Landtagswahl 2011 wie auch im Koalitionsvertrag bekennen wir uns klar zu diesem Ziel. Mit dem vorgelegten Positionspapier formuliert die Fraktion GRÜNE Ziele für die Umsetzung von BNE in der Reform der Bildungspläne und definiert wichtige Erfolgsfaktoren:

Anforderungen an den neuen Bildungsplan

- **Zu verankernde Inhalte:**
BNE sowie der Bereich des globalen Lernens müssen sich als Leitthema und in Form von verbindlichen Lerninhalten / -modulen durch die Bildungspläne aller Jahrgangs- und Niveaustufen, Fächer und ggf Fächerverbünde ziehen. Inhalte: Siehe Punkt Beteiligung.
- **Erfolgreiche Verankerung von BNE und globalem Lernen ist dadurch zu gewährleisten, dass:**
 - Schwerpunkte markiert und Informationen sowie ein Angebot an Maßnahmen bereitgestellt werden

¹ Siehe Brundtland, Gro Harlem in: Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future. Transmitted to the General Assembly as an Annex to document A/42/427 - Development and International Cooperation:Environment (1987)

- klare Ziele zur erfolgreichen Umsetzung von BNE formuliert werden
 - Erfolgskriterien festgelegt werden
 - Indikatoren zur Zielerreichung formuliert werden
 - die Maßnahmen regelmäßig ausgewertet und angepasst sowie neue Ziele formuliert werden²
- **Beteiligung an der Verankerung:**
Die relevanten Akteure für BNE und globales Lernen (u.a. Netzwerk BNE der Hochschulprofessoren, die Arbeitsgruppe BNE des LSBR, das Netzwerk Nachhaltig Lernen, das Netzwerk der UNESCO-Projektschulen, die Landesakademie Außerschulische Lernorte (bspw. Schulgärten, Naturschulen oder Lernbauernhöfe), das EPIZ (Entwicklungspolitisches Informationszentrum), der Landesarbeitskreis Schule für Eine Welt BW, NGOs wie der DEAB Dachverband Entwicklungspolitik BW, die Landesakademie Umwelterziehung, Friedensorganisationen (bspw. DFG, Amnesty International) interessierte Schulleitungen, SMVen u.a.) sind am Verankerungsprozess des Themas BNE in den Lehrplänen und an dessen Fortschreibung aktiv zu beteiligen.
 - **Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte:** Das Thema muss auch in der LehrerInnenausbildung und Weiterbildung als Querschnittsthema verpflichtend verankert werden. Der Zugang zu Best Practice Beispielen und eine gute Vernetzung derselben wird an zentraler Stelle (Koordinierungsstelle BNE) gewährleistet.
 - **Strukturelles:**
Die Koordinierungsstelle BNE im Kultusministerium ist die zentrale Stelle zur Steuerung und Umsetzung sowie Vernetzungsstelle und Ansprechpartner für Organisationen der Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen, Netzwerke und einzelne Akteure. Die Umsetzung einer umfassenden BNE-Strategie erfolgt in Rücksprache und Rückkoppelung mit allen anderen Landesministerien. Eine länderübergreifende Vernetzung ist zu gewährleisten, z.B. über die KMK und über kontinuierlichen Informationsaustausch auch mit den Bundesministerien.

Umsetzung von „Kultureller Bildung“ in der Bildungsplanreform 2015

Sprecher für Kulturpolitik Manfred Kern MdL:

Kulturelle Bildung ist eine Querschnittsaufgabe von herausragender gesellschaftlicher Bedeutung. Sie soll entsprechend des ganzheitlichen Bildungsbegriffs aus dem Koalitionsvertrag fester Bestandteil des Schulunterrichts sein und durch entsprechend qualifizierte PädagogInnen und Kooperationen

² Mathar et al., <http://www.ensi.org/media-global/downloads/Publications/226/%20BNE%20Padagogische%20Führung%20.PDF>

von Schulen mit Kultureinrichtungen und Künstlern gewährleistet werden. Der Begriff Kulturelle Bildung ist dabei in seiner ganzen Breite zu verstehen: als ästhetisch-künstlerische Erziehung z.B. in den Bereichen Kunst, Musik, Tanz, Medien, Film oder Theater; als (inter-)kultureller Kompetenzerwerb z.B. im Sinne von kulturellem Erbe, Archivrecherchen oder Religion.

Ziele der Kulturellen Bildung in der Schule

Schülerinnen und Schüler erwerben durch **Praktizieren, Rezipieren und Reflektieren** ästhetisch-künstlerische Kompetenz, kulturelle/interkulturelle Kompetenz sowie Medienkompetenz.

Anforderungen an den neuen Bildungsplan

- Lerninhalte zu ästhetisch-künstlerischen, kulturellen, interkulturellen und medialen Aspekten müssen in allen Bildungsplänen aller Jahrgangs- und Niveaustufen, Fächer und ggf Fächerverbünde verankert sein.
- Überprüfen der Fächerverbünde wie Musik/Sport/Gestalten oder Mensch/Natur/Kultur an allen Schularten, Stärkung des diesbezüglichen Fachunterrichts (durch Fachlehrer zu unterrichten).
- Einbeziehung der Aspekte Kultureller Bildung und entsprechender außerschulischer Kooperationspartner und Lernorte muss in der Konzeption von Ganztageschulen berücksichtigt werden.

Einbindung in Studium, Ausbildung und Fortbildung

- Kulturelle Bildung muss verbindlicher Teil in der LehrerInnenausbildung, auch für Lehrkräfte nicht-künstlerischer Fächer sein.
- Die Einbindung von Kunst-, Kultur- und Medienexperten und -einrichtungen in die Entwicklung von Unterrichtsinhalten und die Aus- und Fortbildung der Lehrer muss erfolgen.

Strukturen

- Entsandte des Fachbeirats Kulturelle Bildung werden in die Erarbeitung des Bildungsplans verbindlich mit einbezogen. Des Weiteren werden regelmäßig Fachleute aus dem Bereich der Kulturellen Bildung und der Medien in den Prozess der Verankerung der Kulturellen Bildung in den Lernort Schule eingebunden.
- Schaffung einer ständigen Schnittstelle zwischen dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, um die Entwicklung und Maßnahmen Kultureller Bildung landesweit zu koordinieren.
- Zentrale Bereitstellung von Unterrichts- und Lehrmaterialien sowie Vorschlägen und Hinweisen zu Unterrichtsgestaltung, schulischen und außerschulischen Projekten und Aktivitäten.
- Überarbeitung des Modells Lehrkräfte als Kulturbeauftragte und Anpassung an die reale Schulsituation und berufliche Realität der Lehrer.

Umsetzung von Medienbildung in der Bildungsplanreform 2015

Sprecher für Medien- und Netzpolitik Alexander Salomon MdL:

Der kompetente Umgang mit neuen und alten Medien, vom Fernsehen bis zum sozialen Netzwerk und zur Informationstechnologie, gehört heute zum Alltag. In der Koalitionsvereinbarung zwischen Grünen und SPD wird dementsprechend der Stärkung der Medienkompetenz ein hoher Stellenwert zugemessen. Medienbildung und Medienerziehung muss in allen Bildungseinrichtungen auf die Tagesordnung.

Mit Blick auf die anstehende Bildungsplanreform muss die Querschnittsaufgabe Medienbildung deshalb umfassend und fächerübergreifend im Bildungsplan verankert werden. Dazu zählen für uns Kompetenzen einer selbstbestimmten und kritischen Medienrezeption ebenso wie die eigene Herstellung von Medienprodukten und der Umgang mit Medientechnik. Medienbildung umfasst die aktive und reflektierte Nutzung interaktiver Medien ebenso wie Aspekte des Datenschutzes und der informationellen Selbstbestimmung, des Urheberrechts und des digitalen Verbraucherschutzes. Auch ein erster Einblick in Grundlagen von Programmier Techniken soll allen SchülerInnen vermittelt werden. Die Vermittlung eines kompetenten Umgangs mit neuen und alten Medien ist für uns zudem der Schlüssel für einen zeitgemäßen Jugendschutz.

Um Medienbildung als Querschnittsaufgabe zu stärken, setzen wir zudem darauf, Medienbildung bei der anstehenden Neustrukturierung der *Lehrerbildung* durchgängig und verbindlich zu berücksichtigen. Angehende LehrerInnen müssen in die Lage versetzt werden, Aspekte der Medienbildung in den jeweiligen Fachunterricht einzubringen.

Bei der Ausgestaltung der Bildungspläne und der Reform der Lehrerbildung müssen die vielfältigen Akteure der Medienbildung berücksichtigt werden – neben Seminaren, Landesmedienzentren und Kreismedienzentren ist hierbei an die Pädagogischen Hochschulen, an die AnbieterInnen außerschulischer Angebot und an freiberufliche MedienpädagogInnen zu denken. Dem im Rahmen der Weiterentwicklung der Initiative Kindermedienland angeregten „Runden Tisch Medienbildung“ soll daher bei der Ausgestaltung der Bildungspläne und bei der diesbezüglichen Reform der Lehrerbildung eine herausragende Funktion zu kommen. Die bereits existierenden Ansätze zur Stärkung schulischer Medienbildung im Rahmen der Initiative Kindermedienland sollen als Best-Practice-Beispiele in den Reformprozess einbezogen werden. Das dort verankerte Ziel, dass Schulen sich Medienentwicklungspläne geben und damit medienbezogene Profile aufbauen können, unterstützen wir. Im Rahmen der Profilbildung sollen Schulen einzelne Aspekte der Medienbildung vertiefend anbieten können.

Umsetzung der Themen Sexuelle Orientierung / Akzeptanz sexueller Vielfalt in der Bildungsplanreform 2015

Sprecherin für Lesben- und Schwulenpolitik Brigitte Lösch MdL:

Mindestens 5 bis zu 10% aller jungen Menschen entwickeln eine gleichgeschlechtliche Lebensweise. Umfragen zufolge werden lesbische, schwule (...) Jugendliche an den Schulen bzgl. ihrer sexuellen Identität wenig unterstützt, stattdessen erleben sie Vorurteile, Diskriminierung und Mobbing. Die Studie der Humboldt Universität Berlin vom August 2012 belegt den großen Einfluss von Lehrkräften auf das Verhalten von Schüler/innen: Je mehr die Schüler/innen über sexuelle Identitäten/Homosexualität wissen und je häufiger dies im Unterricht thematisiert wird, desto höher ist die Akzeptanz und Solidarität der Jugendlichen. Deshalb verankern wir das Thema sexuelle Orientierung und Akzeptanz sexueller Vielfalt in den Bildungsplänen.

Anforderungen an den neuen Bildungsplan

- Sexuelle Orientierung und Akzeptanz sexueller Vielfalt müssen verpflichtend in Form von Lerninhalten / -modulen im Bildungsplan als Querschnittsthema in den unterschiedlichen Fächern und Klassenstufen sowie verpflichtend in der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte verankert werden.
- Schulbücher und Lernmaterialien sind in diesem Sinne zu überarbeiten.
- Eine explizite Vorgabe in den fächerbezogenen Lehrplänen ist nötig, in welchen Fächern und Jahrgängen sexuelle Vielfalt behandelt werden muss (Empfehlung: Prioritätenverschiebung weg vom naturwissenschaftlichen hin zum Ethik-, Sozialkunde- oder Sprachenunterricht).
- Die Richtlinien zur Sexualerziehung sind in diesem Sinne zu überarbeiten.

.....

17.05.2013